

Reiner Keller

Ökologischer Generationenvertrag Staatliche und zivilgesellschaftliche Initiativen zur „nachhaltigen Entwicklung“ in Frankreich

Vorbemerkung

Im Bericht *Unsere gemeinsame Zukunft* der Brundtland-Kommission von 1987 und fünf Jahre später auf der *Konferenz für Entwicklung und Zusammenarbeit* in Rio, insbesondere im dort verabschiedeten Programm einer *Agenda 21*, haben sich die meisten Staaten der Welt dazu verpflichtet, ihre ökonomische Entwicklung auf Prämissen der umfassenden Berücksichtigung ökologischer und sozialer Parameter im globalen Maßstab umzustellen. In vielen Ländern haben inzwischen Bemühungen begonnen, die abstrakten, sehr allgemein formulierten Beschlüsse in konkretere Aktionsprogramme umzusetzen. Der nachfolgende Artikel beschäftigt sich mit den diesbezüglichen Initiativen in Frankreich. Insbesondere wird deren allgemeinere Einbettung in die umweltpolitische Diskussion und ihr Beitrag zur Erweiterung zivilgesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten an politischen Prozessen erläutert.

Die Diskussion über Umweltprobleme verläuft in Frankreich in wellenförmigen Konjunkturen der öffentlichen Zu- und Abwendung. Nach einem Höhepunkt in den siebziger Jahren anlässlich des staatlich forcierten Ausbaus der zivilen Kernenergienutzung und einer breiten Diskussion über alternative Gesellschaftsformen sind Umweltfragen in den achtziger Jahren jenseits einzelner Skandale und Katastrophen kein mobilisierendes öffentliches Thema. Erst ab 1989 kommt es zu einem neuen Boom der Umweltthemen: *Les Verts* verbuchen überraschende Erfolge bei den Lokal- und Europawahlen, und schnell entsteht ein größerer Markt an umweltbezogenen Medienerzeugnissen. Über die Konferenz von Rio, über Ozonloch und Klimakatastrophe wird ausführlich berichtet. *Umwelt* scheint sich als politisches Issue jenseits einzelner katastrophischer oder skandalträchtiger Ereignisse etabliert zu haben. Ein nationaler Umweltplan stellt einen Katalog dringlicher und weitgehender Maßnahmen vor.¹ Doch vier Jahre danach ist das Thema Umwelt aus der französischen Öffentlichkeit wieder verschwunden. Die grünen Parteien rutschen in die politische Bedeutungslosigkeit. Die Umweltverbände müssen um ihre Mitglieder und Finanzen fürchten. Die neue Regierung Juppé unter der Präsidentschaft von Chirac kürzt die Mittel des Umweltministeriums und sieht ihre Prioritäten bei einer konsequenten Sparpolitik im Hinblick auf die Erfüllung der Kriterien von Maastricht (Reduzierung des Haushaltsdefizits), der Förderung wirtschaftlichen Wachstums, dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und der Konsolidierung der Sozialversicherung. „*Mon travail, c'est de voir comment on peut créer des autoroutes tout en respectant l'environnement*“, beschreibt die neue Umweltministerin Corinne Lepage ihre Rolle.² Die französische Umweltpolitik verortet sich schon immer im Spannungsfeld

zwischen nationalstaatlicher Souveränität und Zwängen internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Ein wirtschaftspolitisch motiviertes „halte aux gaspillages“ und eine *économie des matières premières* sind prominente Rahmungen seit Beginn der siebziger Jahre. Fragen nationaler Souveränität, gesamteuropäischer Normierung und internationaler Wettbewerbsfähigkeit sind Motoren ökologischer Modernisierung in Frankreich. Die geringe Bedeutung der Zivilgesellschaft und die wichtige Rolle des Staatsapparates geben den umweltpolitischen Entscheidungen bislang eine spezifische 'technokratische' Note. Umweltpolitik ist Sache der Exekutive und durch die starke Stellung des Präsidenten und der Administration geprägt. Sie wird als administrativ-technische, nicht als politische Aufgabe wahrgenommen und ohne größeren öffentlichen Druck betrieben. Das zentrale umwelt- und infrastrukturpolitische Problem ist die Blockade vieler Entscheidungsprozesse seit Mitte der achtziger Jahre durch lokale Widerstände. Die Exekutive reagiert darauf mit Partizipationsangeboten. Informationsflüsse, Transparenz und Beteiligung interessierter Akteure sollen neue Handlungsspielräume öffnen. Verhandlungen zwischen Staat, Wirtschaft und Umweltschutzgruppen verlaufen direkt, ohne Umweg über die Massenmedien. Der generelle Tenor der öffentlichen Umweltdiskussion jenseits der Skandale bewegt sich auf pragmatisch-rationalistischem Boden: eine Politik des wissenschaftlich Gesicherten, technisch Machbaren und ökonomisch Vertretbaren wird mehr oder weniger konsensuell im Selbstverständnis als (*cartesische*) *französische Attitude* der Vernunft und Verantwortung favorisiert; allzu globalisierende oder dramatisierende Szenarien werden abgelehnt.³

In Folge der von Frankreich eingegangenen Selbstverpflichtungen auf der Rio-Konferenz wird die französische Umweltpolitik in politischen, administrativen und wissenschaftlichen Kontexten zunehmend unter dem Begriff des *développement durable* (*sustainable development* bzw. nachhaltige Entwicklung) konzipiert. Der vorliegende Artikel formuliert eine erste Zwischenbilanz dieser Diskussion. Dazu wird zunächst kurz die französische Adaption des Begriffs diskutiert. Daran anschließend werden die an dieser Diskussion beteiligten Akteure und ihre Positionen vorgestellt. Abschließend wird erörtert, inwieweit mit dieser Diskussion bislang institutionelle Innovationen und eine neue Partizipationskultur verbunden sind.⁴

1. Probleme der französischen Adaption des Begriffs *sustainable development*

In seiner am häufigsten zitierten und sehr allgemein gehaltenen Fassung bezeichnet der englische Begriff *sustainable development* eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zukünftigen Generationen die Fähigkeit zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse einzuschränken. Seine französische Adaption ist umstritten. Neben *développement durable* konkurrieren die Begriffe *développement soutenable*, *développement viable* oder *éco-développement* um die Position der französischen Chiffre für *sustainable development*. Nicht gouvernementale Organisationen (NGO) favorisieren den Begriff *développement soutenable*, Exekutive und Wirtschaft den Begriff *développement durable*. Auf der Ebene des

Begriffs beginnt zwischen den sozialen Akteuren die Auseinandersetzung über die anvisierte gesellschaftliche Praxis. Der in Kanada 1988 erschienene Bericht der Brundtland-Kommission übersetzt *sustainable development* auf Wunsch der Kommission mit *développement soutenable* (DS).⁵ Der Begriff „soutenable“ assoziiert die Haltbarkeit (einer Aussage im Sinne ihrer argumentativen Verteidigung) oder die Erträglichkeit eines Zustands im Sinne ethisch-moralischer Urteile. An diese letztere Bedeutung knüpft die Präferenz der NGOs und von *Les Verts* für eine Entwicklung an, die zugleich haltbar und ethisch-moralisch gewollt/gerechtfertigt ist.⁶ In den französischen Übersetzungen des Buches von Schmidheiny bzw. des *Business Council for Sustainable Development* (*'Changer de Cap'*) und der Erklärungen der Rio-Konferenz im Jahre 1992 wird der Begriff *développement durable* (DD) (seltener: *développement viable*) gewählt.⁷ Dieser Begriff der dauerhaften Entwicklung verweist nicht auf den ethisch-moralischen Gestaltungswillen und bleibt insoweit eher defensiv. Allenfalls die Knappheit von Ressourcen und damit die perspektivische Berücksichtigung von langfristigen Zeithorizonten – „*idée de durée*“ – klingt darin an.⁸ Die Übersetzung der Rio-Deklarationen der NGOs benutzt je nach angezieltem Aspekt sowohl die Begriffe des *développement soutenable*, *développement durable*, *développement viable* oder *éco-développement*.⁹ Bereits seit der UN-Umweltkonferenz von Stockholm im Jahre 1972 entwickelte der Ökonom Ignacy Sachs gegen die weiter oben erwähnte technische Ausformulierung ein globales Verständnis von *éco-développement*, das weitgehend identisch mit den späteren Inhalten von *sustainable development* ist: ein ausgeglichenes, umweltverträgliches Wachstum, soziale, ökonomische, ökologische, räumliche und kulturelle Dauerhaftigkeit sind seine Bausteine.¹⁰

Als gängigste Übersetzung hat sich mittlerweile im öffentlichen Sprachgebrauch der Begriff des *développement durable* durchgesetzt. Bislang ist es jedoch nicht gelungen, damit in der französischen Öffentlichkeit Resonanz zu erzeugen, einen symbolischen Gehalt, eine Leitidee zu transportieren, obwohl entsprechende Praktiken (nachhaltige Waldnutzung) seit dem 17. Jahrhundert in Frankreich existieren und es im französischen Bericht an die UN-Kommission aus dem Jahre 1993 zum Begriff des DD noch heißt: „*Ce n'est pas un concept neuf; des sociétés paysannes en France ont, pendant des siècles, façonné l'équilibre du pays, et la qualité du coeur des villes témoigne aussi de ce souci des générations futures*“.¹¹

2. Akteure und Positionen in der Debatte über *développement durable*

Im Kontext der Rio-Konferenz sind in Frankreich neue institutionelle Strukturen entstanden. Dazu gehören auf Staatsebene die *Commission Française du Développement Durable* (CFDD), der *Conseil pour les Droits des Générations Futures* und das *Comité interministériel sur l'effet de serre*. Als zivilgesellschaftliche Dialogforen sind die *Association Dossiers et Débats pour le Développement Durable* (4D), das *Comité 21* und *Orée* entstanden. Als NGOs haben sich das *Collectif Environnement Développement International* (CEDI) und das *Centre de Recherche et d'information pour le développement* (CRID) im Hinblick auf die Rio-Konferenz

konstituiert. Auch existierende Strukturen in Politik/Administration (Regierung, Ministerien, Gebietskörperschaften) und Zivilgesellschaft - Wirtschaft: *CNPF*, *Entreprises pour l'Environnement (EpE)*, Umweltbewegung: *France Nature Environnement (FNE)*, *Les amis de la Terre* u.a.m. - haben den Begriff aufgenommen. Wie öfter in der französischen Umweltpolitik initiieren die Akteure auf nationaler Ebene Diskussionen, Programme und Strategien zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung und versuchen, diese von dort aus in die territorialen Untereinheiten bis hin zur lokalen Ebene einfließen zu lassen (lokale *Agenda 21*-Kampagnen usw.).

Innerhalb des französischen Diskurses über DD können zwei konkurrierende Teildiskurse unterschieden werden. Beiden Teildiskursen gemeinsam ist die grundsätzlich anthropozentrische Orientierung: es geht um eine vernünftige und optimierte Nutzung der Natur durch die menschlichen Gesellschaften. Bei Regierung, Administration und Wirtschaft dominiert eine Interpretation, die primär bisherige, derzeitige und zukünftige Umweltschutzmaßnahmen und -politiken in Begriffen des DD rahmt. Grundlegende konzeptuelle Änderungen, Neuthematisierungen globaler Handlungszusammenhänge oder Integrationsbemühungen haben demgegenüber kein Gewicht. In erster Linie geht es darum, umweltschutzbezogene und ökonomische Interessen innerhalb der derzeitigen Gesellschaftsverfassung wechselseitig anzupassen. NGOs, die Grünen, verschiedene Wissenschaftler, aber auch kritische Stimmen innerhalb der Administration verlangen demgegenüber einen umfassenden innovativen Ansatz des *développement soutenable*. Ihr Diskurs konzentriert sich auf die Forderung nach einem globalen Ansatz, d. h. nach der Entwicklung einer umfassenden integrativen Politik alternativer gesellschaftlicher Organisationsmodelle.

Politik und Administration

Seit 1971 existiert das französische Umweltministerium in unterschiedlichen institutionellen Verankerungen bei gleichbleibend geringer Mittelausstattung und unter schnell wechselnden personellen Besetzungen. In den vergangenen acht Jahren gab es vier Amtsinhaber: Brice Lalonde (1988-1992), Ségolène Royal (1992-1993), Michel Barnier (1993-1995), und seit den Präsidentschaftswahlen und Regierungsneubildungen 1995 Corinne Lepage.¹² Die finanzielle und personelle Ausstattung des Ministeriums wird seit seinem Entstehen als defizitär angesehen. Es bleibt „toujours une instance fragile, faiblement dotée budgétairement, sans corps de spécialistes et à l'autorité incertaine face à ses partenaires ministériels (...) Peu présent au plan national, ce ministère est encore plus absent sur le terrain local, là où s'incarnent véritablement les politiques publiques“.¹³ Das damit angesprochene Vollzugsdefizit gilt als generelles Charakteristikum der französischen Umweltpolitik. Der *Plan National pour l'Environnement* aus dem Jahre 1990 enthielt eine umfassende Defizitbilanz französischer Umweltpolitik und formulierte weitgehende umweltpolitische Handlungsziele im Rahmen eines Zehn-Jahres-Plans. Die Umsetzung verläuft allerdings sehr zögerlich. Die Regierungsneubildung im Jahre 1995 scheint die Position des Umweltministeriums weiter zu ver-

schlechtern. So kommentiert die Tageszeitung *Libération* den neuen Stellenwert der Umweltpolitik und die Handlungsspielräume der derzeitigen Umweltministerin: „L'environnement rentre dans le rang. Corinne Lepage (...) a décidé de jouer la technicienne. (...) Sans souffle ni vision politique“. Das Budget des Umweltministeriums für 1996 liegt mit 0,13% des Staatshaushalts um 6 Millionen Francs unter dem Vorjahresbudget (0,14%). Die Finanzierung der wichtigsten staatlichen Umweltbehörde *Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Energie (ADEME)* wird von 46 Millionen FF auf 30 Millionen FF gekürzt. Im Rahmen des Haushaltsgesetzes von 1996 wurde auf Kosten des Schienenausbaus ein umfangreiches Straßenbauprogramm verabschiedet, an dem die Umweltministerin nur flankierend beteiligt wird.¹⁴

Finanz-, Wirtschafts- und Infrastrukturministerium vertreten innerhalb der Exekutive die Interessen der Wirtschaft und zeigen eine ausgeprägte Klientelorientierung. Auch das Umweltministerium stimmt umweltpolitische Regelungen mit den wichtigsten Industrie-Akteuren ab oder verhandelt über Selbstverpflichtungen (Branchenverträge). Das *Comité Interministériel pour l'Environnement (CIEN)* soll als Querschnittsstruktur zwischen den verschiedenen Ministerien Aktionsprogramme zur Integration von Umweltpolitik in die allgemeineren Staatspolitiken entwickeln. In den regelmäßigen Arbeitstreffen werden Umweltgesetze, Dekrete u.a.m. diskutiert und zwischen den Ministerien koordiniert.¹⁵

Auf der Ebene der Exekutive ist DD explizit Angelegenheit des Umweltministeriums (*Service des Affaires Internationales, Bureau de Coordination Interministérielle*). Wenige Personen verfolgen die internationalen Abkommen und die nationale Umsetzung von DD, und dies auch nur als Teilaufgabe. Im Mai 1994 wurde im Umweltministerium eine *Cellule de Prospective* eingerichtet, die mittelfristige Szenarien zur französischen Umweltpolitik entwickeln, sowie den Austausch zwischen umweltpolitischen Akteuren und mit der Umweltproblematik verbundene Wettbewerbspotentiale für die französische Wirtschaft ermitteln soll. Diesem Komitee gehören u.a. Wissenschaftler, Vertreter der NGOs (*Amis de la Terre, France Nature Environnement*) und der Wirtschaft (Péchiney, Saint-Gobain, Elf Aquitaine u. a.) an. Ein erster Bericht über die Situation und Zukunft der Güter- und Personentransporte in Frankreich wurde erarbeitet. Darin werden eine umfassende und am Begriff des *développement soutenable* orientierte nationale Verkehrspolitik, diesbezügliche öffentliche Transparenz und demokratische Debatte gefordert.¹⁶ In Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium erarbeitet das *Centre de Prospective et de Veille Scientifique* im *Ministère de l'Équipement, des Transports et du Tourisme* seit Mitte 1994 an einem Szenario für „Une France durable à l'horizon 2010-2030“. Im *Ministère de l'Équipement* besteht zusätzlich eine Arbeitsgruppe, die sich mit der möglichen Integration von *développement durable* in die Ministeriumsaufgaben befaßt. Innerhalb des *Ministère de l'Aménagement du Territoire* arbeitet die *Groupe de Prospective* der DATAR an Fragen der Integration von Parametern nachhaltiger Entwicklung in die staatliche Raumordnungs- und Infrastrukturpolitik. Im *Ministère de la Coopération* werden Entwicklungshilfen zunehmend auch nach Umweltschutzkriterien geprüft. Im *Ministère de l'Agriculture* werden Fördermittel an Landwirte vergeben, die sich an Kriterien des DD orientieren. Im *Ministère de*

l'Education werden Fördermaßnahmen der Umweltbildung im Hinblick auf *développement durable* durchgeführt. Auf Beschluß des Ministerrats vom Oktober 1995 soll im Jahre 1996 eine breite öffentliche Debatte über eine nationale Strategie der Nachhaltigkeit analog zur Energiedebatte vom Umweltministerium organisiert werden.

In verschiedenen Bereichen hat die französische Regierung Forschungsarbeiten zum Themenfeld *développement durable* initiiert. Diese beziehen sich auf die Entwicklung von Indikatoren für die Dauerhaftigkeit im Bereich der Landwirtschaft und allgemeiner im Hinblick auf Abgabe- und Aufnahmekapazitäten der Natur (*IFEN*), sowie auf die Entwicklung von sektoriellen (Transport und Verkehr, Landwirtschaft, Industrie, Energie, Tourismus) oder globalen Szenarien der Umsetzung eines *développement durable* in Frankreich. Im Rahmen der Vorbereitung des 11. Plans (für die Jahre 1994-1998) überprüfte die *Commission Environnement, Qualité de vie, Croissance* unter Vorsitz von B. Collomb (*PDG* von Lafarge-Coppée), des dem Premierminister zugeordneten *Commissariat Général du Plan*, inwieweit die Umweltpolitik die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie fördern könne. Die *Commission* hat in ihrem Bericht prioritäre Maßnahmen zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung vorgeschlagen (Förderung der Wissensgrundlagen, sozialer und wirtschaftlicher Dialog, Entwicklung der Umweltindustrien, Energieeinsparungen, kontrolliertes Wachstum des Verkehrs, Revitalisierung der ländlichen Gebiete und des Grünen Tourismus).¹⁷

Die französische Regierung folgt in ihrer Definition von nachhaltiger Entwicklung den Beschlüssen der Konferenz von Rio und dem Wortlaut des Brundtland-Berichts. Umweltministerin Lepage bezog sich in einer Rede im Ministerrat vom 18.10.95 auf dessen „klassische Definition“: „Répondre aux besoins du présent sans compromettre la capacité des générations futures à répondre à leurs propres besoins“. Bereits der im Dezember 1990 von der damaligen Regierung angenommene *Plan National pour l'Environnement* stellte die langfristigen politischen Perspektiven des Umweltministeriums in den Kontext von *développement durable* und visierte eine tiefgreifende Reform der institutionellen Strukturen des Umweltschutzes in Frankreich an.¹⁸ Binnen fünf Jahren sollten die wichtigsten dieser Veränderungen umgesetzt sein - was nicht geschah.

In den Erfolgsberichten der Regierung an die Kommission der *Vereinten Nationen* wird Nachhaltigkeit fast ausschließlich auf Umweltschutzpolitik, Umweltschutzmaßnahmen und diesbezügliche Partizipationsdispositive bezogen.¹⁹ Dies gilt auch für die vom damaligen Umweltminister Barnier 1994 vorgetragenen Antworten der Regierung auf zwei parlamentarische Anfragen bezüglich der Umsetzung der Beschlüsse von Rio in Frankreich und bezüglich der Politik gegen den Treibhauseffekt.²⁰ In geringem Maße werden auch die französischen Anstrengungen in der Entwicklungshilfe, in der Förderung der zivilgesellschaftlichen Partizipation, der Initiativen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und Armut in Frankreich oder zur Gleichstellung der Frauen in der französischen Gesellschaft als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung erwähnt. Initiativen und Kampagnen von NGOs werden in diesen Zusammenhang gestellt. Der Bericht von 1995 nennt so unter anderem auch die Verbandskampagne *Lutte contre la pauvreté et l'exclusion* aus dem Jahre

1994 und die Einrichtung eines *Conseil National de Lutte contre l'Exclusion* als Erfolge im Kampf gegen die Ungleichheit.

Die gesamte französische Umweltgesetzgebung gilt als Beispiel für die Umsetzung von *développement durable*. Dabei wird zwei Gesetzen ein besonderer Stellenwert zugeschrieben: Die *Loi relative au renforcement de la protection de l'environnement* (Februar 1995) formuliert als erstes Querschnittsgesetz allgemeine Grundlinien des Umweltrechts und neue Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Partizipation: Umweltschutz erhält den Status eines allgemeinen Rechtsgutes; Zielvorstellung der Umweltgesetzgebung ist *sustainable development*. Das Vorsorgeprinzip, das Präventionsprinzip, das Verursacherprinzip (*pollueur-payeur*) und das Partizipationsprinzip werden ins französische Recht integriert. Bezüglich der Partizipation sieht das Gesetz insbesondere die Einrichtung einer *Commission nationale du débat public* vor. Im Rahmen des Gesetzes wird auch die *Enquête Publique* modernisiert. Die Naturschutzverbände erhalten erweiterte Klagerechte und einen verbesserten Rechtsstatus. Auf Departements-Ebene wird die Einrichtung eines Beratungsgremiums - des *Conseil départemental de l'environnement* - vorgesehen. Das Gesetz insgesamt verstärkt und vereinfacht die Umweltgesetzgebung.²¹ Die *Loi d'orientation pour l'aménagement et le développement du territoire* (Februar 1995) zielt auf eine verbesserte Berücksichtigung von Umweltfragen bei der Raumordnungs- und Infrastrukturentwicklungspolitik.²² Ein weiteres wichtiges Instrument sind Verträge zwischen Ministerium (Staat) und Gebietskörperschaften im Hinblick auf die staatliche Vergabe von territorialen Ökolabels, die sich an Kriterien des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit orientieren (beispielsweise die *Contrats de Plan Etat-Région*, die regionalen Naturparks, die Förderung kommunaler Umweltpläne durch die *Chartes pour l'Environnement* u.a.m.). Deutlich wird darin die wichtige initiiierende Rolle des Staates einerseits, die prioritäre Focussierung von Maßnahmen der dauerhaften Entwicklung auf kleinere territoriale Einheiten andererseits.²³ An dieser Schnittstelle zum konkreten Handeln erhält *développement durable* eine technische Wendung, die sich auf Effizienzsteigerung bezieht und an die Traditionen des Kampfes gegen Verschwendung und der Reduzierung des Rohstoffverbrauchs aus nationalem Interesse anknüpfen kann.

Weiter oben wurde darauf hingewiesen, daß zur Bewältigung der lokalen Widerstände seit mehreren Jahren im Rahmen der Umweltgesetzgebung rechtliche Dispositive zur (Verbesserung der) Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure eingerichtet wurden. Auch die nationale Energiedebatte von 1994, die vorgesehene Einrichtung einer *Commission du Débat Public*, die Verbesserung der *Enquête Publique* bei größeren Infrastrukturmaßnahmen, die verschiedenen Diskussionsforen und Abstimmungsprozesse zwischen Umweltministerium und Umweltschutzverbänden oder Wirtschaftsakteuren können als aktive Partizipationspolitik verstanden werden. In Arbeitszusammenhängen des Umweltministeriums ist das bisher wichtigste französische Handbuch zum Thema Nachhaltigkeit, *La planète Terre entre nos mains. Guide pour la mise en oeuvre des engagements du Sommet planète Terre* entstanden.²⁴ Darin werden neben der Vorstellung der Beschlüsse von Rio Informationen für die darauf bezogene Umsetzungs- und Handlungspraxis für die internationale und nationale Mobilisierung der französischsprachigen Öf-

fentlichkeit präsentiert. Der von S. Antoine (*Comité 21*), M. Barrère (Journalistin, *Agence Cassiopée Science Information, 4D*) und G. Verbrugge (Umweltministerium, *Service des Affaires Internationales*) konzipierte Band wurde unter Mitarbeit von I. Sachs, der *Internationalen Handelskammer*, der *United Towns Organization*, des *CEDI* und des *CRID* verfaßt und kann als exemplarisches Dokument der Partizipationskultur gelten.

Jenseits einzelner Maßnahmen verläßt der allgemeine Diskurs der Exekutive über nachhaltige Entwicklung kaum die Ebene allgemein gehaltener plakativer Äußerungen. Bereits 1994 betont der damalige Premierminister Balladur die umweltschutzbezogene Ausrichtung: „L'enjeu est donc clair: il faut que les politiques publiques et les choix des acteurs économiques comme de nos citoyens prennent mieux en compte les questions d'environnement“.²⁵ In einer Präsentation seiner umweltpolitischen Vorhaben im Rahmen einer Vortragsreihe des *Comité 21* am 13.4.95 betonte der spätere Präsident J. Chirac sowohl Umweltschutzaspekte als auch die soziale Integration der französischen Gesellschaft. Er bezeichnete Naturschutz und Kampf gegen Verschmutzungen als langfristige gesellschaftliche Notwendigkeiten. Er sah hier vor allem drei Anforderungen für einen neuen Elan der Umweltpolitik: 1) Angleichung der Lebensbedingungen der Franzosen; 2) Versöhnung von Ökonomie und Umwelt als „beste Definition von *développement durable*“ und 3) die Förderung einer wirklichen Umweltdiplomatie. Zusätzlich seien vor allem die zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten auszubauen. Programatisch strebe er eine stärkere Stellung des Umweltministeriums an, das mit realen Machtkompetenzen ausgestattet werden soll. Es gelte, eine konkrete, nicht-technokratische und humanistische Ökologie zu verfolgen, die vom Primat des Politischen und des Bürgers ausgehe. Verantwortung sei vor allem eine persönliche Aufgabe.

Nüchterner nimmt sich demgegenüber die spätere Regierungsrealität aus: Kürzung der Mittel des Umweltministeriums und der staatlichen Umweltbehörde, technischer Vollzug statt politische Vision.²⁶ Allerdings hat die Regierung einen Vorschlag der *CFDD* aufgegriffen und für das Jahr 1996 eine nationale Debatte über DD nach dem Vorbild der Energiedebatte vorgesehen, die vom Umweltministerium initiiert wird und der französischen Öffentlichkeit die wirtschaftlichen, sozialen und umweltschutzbezogenen Vorteile der Nachhaltigkeit verdeutlichen soll. In ihrer Rede vom 18.10.95 im Ministerrat kündigte die Umweltministerin weitere Initiativen an: Auf internationaler Ebene will Frankreich zur verbesserten Anwendung des internationalen Umweltrechts beitragen und die Regeln des Welthandels mit dem Umweltschutz kompatibel machen. Die *UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung* soll verstärkt unterstützt werden. Entwicklungshilfen und der *Fonds Français pour l'Environnement Mondial* sollen zunehmend auf Kriterien der Nachhaltigkeit umgestellt werden. In Frankreich selbst sollen Entscheidungen verstärkt unter Einbezug von Langzeitperspektiven getroffen werden. Nachhaltigkeit soll insbesondere berücksichtigt werden in der Raumordnungspolitik, der Verkehrspolitik, dem Gesetz gegen die Luftverschmutzung, in der Stadtpolitik und in der Energiepolitik entsprechend den Beschlüssen der nationalen Energiedebatte. Der Weg der Öffentlichkeitsbeteiligung (*Commission nationale du débat public; Charte de la concerta-*

tion pour les projets de moindre ampleur) soll dieses Vorgehen unterstützen. Politische Vorhaben sollen verstärkt unter Umweltgesichtspunkten evaluiert werden: „Une stratégie nationale de développement durable sera élaborée sous l'égide du Premier ministre afin de mieux inscrire l'action des pouvoirs publics sur le long terme. Cet exercice sera conduit par le ministre de l'Environnement dans le courant de l'année 1996, en concertation et avec l'appui des départements ministériels concernés. Il visera à définir des objectifs propres à orienter l'action des acteurs et des indicateurs permettant la mesure des progrès accomplis.“²⁷

Im Regierungskontext hat die *Commission Française du Développement Durable (CFDD)* eine umfassendere Position entwickelt. Die Kommission wurde per Dekret vom 29.3.1993 gegründet, dem *Commissariat Général du Plan* (Premierminister) angegliedert und mit einem schmalen Budget ausgestattet. Sie sollte aus 54 Vertretern der staatlichen Administration und der Zivilgesellschaft bestehen und war konzipiert als „instance de dialogue, de concertation et de mobilisation pour promouvoir et mettre en oeuvre le développement durable dans la société française.“²⁸ Allerdings trat sie in der anvisierten Form nie zusammen. Mit Dekret vom 21.1.94 wurde nach dem Regierungswechsel zur Regierung Balladur (Umweltminister Barnier) ihre Mitgliederzahl auf 15 Personen des öffentlichen Lebens (NGOs, Wirtschaft, Wissenschaft, Parlament) reduziert. Den Vorsitz der Kommission hatte zunächst der aus der Wirtschaft kommende B. Esambert inne. Er wurde Anfang 1995 von J.-P. Souviron abgelöst, der seinerseits Ende 1995 sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Bislang ist die Kommission ohne politischen Einfluß geblieben und hat der Regierung keinen einzigen offiziellen Handlungsvorschlag gemacht, wobei mangelndes Regierungsinteresse ein Hauptgrund für die geringe Beachtung und Bedeutung darstellt.²⁹ Eine auf Vorschlag der neuen Umweltministerin Lepage im Oktober 1995 im Ministerrat beschlossene organisatorische Neuverankerung der Kommission im Umweltministerium (*Bureau de Coordination Interministérielle, CIEN*) und die angekündigte nationale Debatte über *développement durable* sollten ihr (stärkeres) politisches und öffentliches Gewicht geben. Weiterhin verfügt sie nur über ein geringes Budget (1,3 Mio. Fr). Im Unterschied zur Regierungsposition hat die *CFDD* einen umfassenderen Begriff von Nachhaltigkeit formuliert, der die ökologische Dimension (Begrenztheit von Ressourcen, Grenzen der Schadstoffaufnahmefähigkeit), die soziale Dimension (Armut, Nord-Süd-Beziehungen), die kulturell-ethische Dimension (intergenerationale Solidarität) und den Respekt vor der natürlichen Vielfalt umfaßt.³⁰ Die *Agenda 21* gilt ihr als Vorlage für den einzuschlagenden Weg. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit eines nachhaltigen Wachstums (*croissance durable*) betont. Es geht nicht darum, die Produktivitätsfortschritte in Frage zu stellen, sondern die Art, wie sie eingesetzt werden. Dazu werden allgemeine Ziele (etwa die Schaffung der notwendigen und möglichst sicheren Wissensbasis, die Befolgung des Vorsorgeprinzips, die Anpassung der Emissionen an die natürlichen Aufnahmekapazitäten, kein Abbau des natürlichen Kapitals von einer Generation zur nächsten u.a.m.) und Mittel (Umbau der Steuergesetzgebung, Effizienzsteigerungen im Bereich von Produktion und Konsum, Reduzierung von Energieverbrauch, Verschmutzung, Raumverbrauch, Verlangsamung, Solidarität, Partizipationsformen zur Abstim-

mung der technischen und wirtschaftlichen Logik mit den Anforderungen von dauerhafter Entwicklung) vorgeschlagen. Bislang sind die Überlegungen der *CFDD* nicht auf Interesse oder Unterstützung durch die französische Regierung gestoßen. Ihre vorgesehene institutionelle Neuverankerung und das Rücktrittsgesuch des Vorsitzenden Sauviron waren äußerliche Indizien ihrer bisher geringen Bedeutung.

Zwei weitere Gremien auf nationaler Ebene haben Aufgaben in Bezug auf *développement durable* übernommen, ohne jedoch bislang nennenswerte öffentliche Beiträge zu formulieren. Die *Mission Interministérielle sur l'Effet de Serre* hat sich zum ersten Mal im Januar 1995 zur Vorbereitung der Berliner Klimakonferenz getroffen. Bisher sind von der Mission allerdings kaum Impulse für eine aktivere französische Politik in Sachen Treibhauseffekt ausgegangen. Der *Conseil pour les Droits des Générations Futures* wurde am 4.6.93 auf Vorschlag von J. Cousteau gegründet und als allgemeine Ethikkommission beim französischen Staatspräsidenten angesiedelt. Der *Conseil* hat keinen Einfluß auf die konkrete Regierungspolitik.

Das französische Parlament beeinflußt in der Umweltpolitik nur die Rahmengesetzgebung. Die umweltpolitischen Kompetenzen sind bei den staatlichen Ministerien und Instituten gebündelt. Die französische Umweltpolitik ist „in besonders hohem Maße entparlamentarisiert“ und erfolgt auf dem Verordnungswege.³¹ In einem Bericht der Abgeordneten Nungesser und Royal (Umweltministerin zum Zeitpunkt der Rio-Konferenz) für die *Commission des Affaires Etrangères* der Nationalversammlung über die Folgen von Rio vom 9.6.94 wird eine kritische Bilanz der Umsetzung von dauerhafter Entwicklung gezogen.³² Mangelnder politischer Wille sei auf internationaler Ebene dafür der Grund. Auch die nationale Umsetzung der Beschlüsse verlief sehr zögerlich, sobald wichtige industrielle und finanzielle Interessen berührt seien. Der Bericht spricht sich für einen globalen Ansatz und eine stärkere Rolle der *CFDD* aus. Diese kritische Bilanz der staatlichen Politik trägt Züge einer persönlichen Abrechnung zwischen ehemaliger Umweltministerin Royal und (damaligem) neuem Amtsinhaber Barnier. Dennoch wird ihre allgemeine Einschätzung von Teilen der Administration und von Mitgliedern des *CFDD* geteilt. Allerdings - und bezeichnend für die Stellung des Parlaments - wurde der Bericht nicht im Parlament diskutiert.

Ähnlich gering ist die Rolle der Parteien im politischen Entscheidungsprozeß im allgemeinen, und in der Umweltpolitik im besonderen. Grüne Parteien haben auf nationaler Ebene keine Bedeutung. Da sich die Einschätzungen der Regierungsparteien in Sachen Nachhaltigkeit nicht von den weiter oben beschriebenen Positionen der Regierung unterscheiden, soll hier nur kurz auf die übrigen Parteien eingegangen werden. Die kommunistische Partei (*PC*) führt die Gefährdungen von Umwelt und Lebensqualität in erster Linie auf die kapitalistische Wirtschaftsweise zurück und sieht daher systemimmanent wenig Handlungsspielraum. Die sozialistische Partei (*PS*) formuliert - folgt man den Ausführungen ihres Präsidentschaftskandidaten Jospin vor dem *Comité 21* - ein Programm, das weitgehend identisch mit den erklärten Absichten von Chirac ist. Für Jospin bedeutet Ökologie demnach vor allem Lebensqualität. Diese könne der Markt alleine nicht gewährlei-

sten. Vorgesehen seien drei Maßnahmen: ein Plan für ökologische Erneuerung, eine solidarische Entwicklung der Gebiete und eine Erneuerung der Stadtpolitik. *Les Verts* vertreten eine Programmatik, die weitgehend den Vorstellungen der NGOs entspricht und *développement soutenable* als Schlüssel zu einer umfassenden alternativen Gesellschaftsvision versteht. So formulierte die Präsidentschaftskandidatin Dominique Voynet vor dem *Comité 21*: „Oser un développement soutenable, ca change tout! [...] Notre objectif est de passer du modèle économique libéral et productiviste à un développement soutenable, qui protège et améliore l'environnement, qui se préoccupe autant des besoins actuels des êtres humains que de ceux des générations futures.“ Aus den Reihen von *Les Verts* wird die Integration von ökonomischen, ökologischen und sozialen/ethischen Aspekten (intra- und intergenerationelle Solidarität) betont.³³

Einige der 22 Regionen erarbeiteten regionale Entwicklungspläne für Nachhaltigkeit (z.B. Nord Pas de Calais, Bourgogne, Île de France, das *Programme inter-régional pour le Développement Durable du Massif Pyrénéen: L' Agenda 21 des Pyrénées*, an dem je drei französische und spanische Regionen sowie Andorra beteiligt sind; ähnliche Aktionen im Alpenraum und im Saar-Lor-Lux-Raum). Nur wenige französische Kommunen haben sich bislang im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung engagiert. Anlässlich der Weltklimakonferenz von Berlin haben 20 Bürgermeister großer Städte (Montpellier, Mulhouse, Le Havre, Rennes, Douai, Montreuil, Besançon, La Rochelle, Quimper u. a.) auf Anregung einiger NGOs (*CRID, 4D, Energy 21, Global Chance*) in einem Brief an den französischen Präsidenten und den Präsidenten der Kommission der *CE* eine Absichtserklärung über spezifische kommunale Beiträge zum Klimaschutz formuliert. Aber die Anregung lokaler Initiativen durch nationale Organisationsstrukturen steht erst am Anfang (z.B. *Ministère de l'Environnement: Charte pour l'Environnement, ADEME: Contrat Cité-Vie, Comité 21: Bien gérer la Commune pour le 21ème siècle, CRID und 4D: Pactes 21*). Als Vorreiter gelten Städte wie Amiens, Alès, Mulhouse, Reims, Chalon-sur-Saône oder Straßburg. Anfang 1995 haben sich sechs französische Kommunen bereit erklärt, lokale Pläne für ein *développement durable* zu entwickeln.

Die staatliche Administration hat nicht die Aufgabe, eine politische Position zum Thema der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Dennoch kommt ihr eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung und Ausgestaltung der entsprechenden Politiken zu. Innerhalb der Administration gibt es diesbezüglich keine einheitliche Einstellung. Entsprechende Initiativen haben einen kleinen institutionellen Rahmen im Umweltministerium, aber bereits hier wird keine eindeutige Perspektive mit Nachhaltigkeit verbunden. Das Industrieministerium ist ein Hauptwiderstand für eine offensivere administrative Strategie. Engagierte Vertreter des Umweltministeriums gehörten auf der internationalen Ebene zu den aktivsten Verfechtern der Weiterverfolgung der Beschlüsse von Rio auf den nachfolgenden Weltkonferenzen (z. B. auf der Konferenz von Kairo im September 1994 über *Population et développement*, auf dem Weltsozialgipfel von Kopenhagen im März 1995, bei der Weltklimakonferenz von Berlin im April 1995 oder in der Vorbereitung der zweiten Weltstädtekonferenz *Habitat II* in Istanbul 1996). Auf nationaler Ebene ist weniger die Übereinstimmung über den Begriff (eine diesbezügliche interministerielle Debatte hat nicht stattge-

funden) als vielmehr die Frage der einzusetzenden Mittel das zentrale, handlungsblockierende Problem.

Zivilgesellschaftliche Diskussionsforen

Die französische Umweltbewegung ist traditionell schwach und leidet aktuell unter Mitgliederschwund und Bedeutungsverlust. Ein besonderes Kennzeichen vieler französischer Umweltverbände ist der hohe Finanzierungsanteil durch staatliche Gelder und staatliche Forschungsaufträge. Die räumliche Konzentration der Verbandsspitzen in Paris führt zu *Kopfstrukturen*, die im Rahmen informeller und formaler Kontakte Einfluß auf die staatliche Umweltpolitik nehmen kann. Auf nationaler Ebene wurden zwei Organisationen zur Förderung der Nachhaltigkeits-Idee gegründet (*Comité 21* und *4D*). Innerhalb der Zivilgesellschaft im allgemeinen und der NGOs im besonderen hat diese Leitidee bereits im Vorfeld der Rio-Konferenz Zusammenschlüsse erzeugt (*Comité 21*: Zivilgesellschaft; *CEDI*, *CRID*: Umwelt- und Dritte Welt-Bewegung).

Das seit Januar 1995 existierende *Comité 21. Comité Français pour l'Environnement et le Développement Durable* hat eine heterogene Mitgliederschar, die von den Betreibergesellschaften der französischen Autobahnen über *EDF* und Entsorgerkonzerne hin zu den *Amis de la Terre*, dem kommunistischen *MNLE* oder dem *CRID* reicht. Fast ganz Frankreich ist beteiligt: über 30 der größten Industriekonzerne (u.a. *Elf Aquitaine*, *Crédit de Lyon*, *Gaz de France*, *Sandoz*, *Rhône-Poulenc* stellt einen stellvertretenden Vorsitzenden), 5 Regionalräte (z.B. die Region *Ile de France*, der *Conseil Général de Savoie*), Abgeordnetenverbände und Verbände der Bürgermeister, zahlreiche NGOs (etwa *FNE*, *WWF*, *Amis de la Terre*, *MNLE*, *CRID*, *4D*), Forschungsinstitute und Behörden (die *ADEME*, das *IFEN*, das *CPVS*), mehrere Städte (z.B. Marseille, Nancy, Nantes, angekündigt ist Paris), als einzelne Personen die ehemaligen Umweltminister Barnier, Lalonde, Bouchardeau, aber auch prominente Politikerinnen wie S. Veil (Ehrenvorsitzende), die Institutionen Umweltministerium bzw. der Umweltminister (stellvertretender Vorsitzender), die Kommission der *EU*, das Umweltprogramm der *Vereinten Nationen* u.a.m. Den Vorsitz hat S. Antoine inne, ein langjähriger hoher Mitarbeiter im französischen Umweltministerium, der auch die *Commission du Développement Durable* der Mittelmeerländer organisiert. Ein derzeitiger Arbeitsschwerpunkt besteht in der Initiierung lokaler *Agenda 21*-Prozesse. Als unabhängige, zivilgesellschaftliche „Lobby des Dialogs“ besteht die Rolle des *Comité 21* in der Förderung der öffentlichen Diskussion über *développement durable* zwischen den sozialen Akteuren. Das Komitee formuliert selbst keine inhaltliche Position. Allerdings lehnt sich seine allgemeine Orientierung eng an die *Agenda 21* an.³⁴

Mit weniger exponiertem Hintergrund wurde *4D. Association Dossiers et Débats pour le Développement Durable* im März 1994 als unabhängige Organisation mit größerer Nähe zu den NGOs gegründet. *4D* ist neben dem *CRID* der bislang aktivste Verband in der Diskussion um Nachhaltigkeit und hat zum Ziel, zur Umset-

zung der Rio-Beschlüsse beizutragen, den Wissens- und Erfahrungsaustausch zu fördern und in theoretischer und praktischer Hinsicht die Programmatik zu vertiefen. Zum (prominenten) *Comité d'Orientation* von 4D gehören S. Antoine (*Comité 21*), M. Barrère, B. Dessus (*Global Chance, Ecotech*), P. Legrand (*FNE*), P. Radanne, G. Ribière, J. Theys u.a.m. Vorsitzender ist M. Mousel, vorher Präsident der *ADEME* und davor langjähriger hoher Mitarbeiter im Umweltministerium. Eine ursprünglich anvisierte stärkere Beteiligung von Wirtschaftsakteuren scheiterte an deren mangelndem Interesse. 4D organisiert Diskussionen zum Thema *développement soutenable* und gibt eine regelmäßige Informationsmappe heraus. Zusammen mit dem *CRID* arbeitet 4D derzeit an der Mobilisierung der Gebietskörperschaften (vor allem Kommunen) im Hinblick auf lokale *Agenda 21*-Prozesse. Im Unterschied zum *Comité 21* versteht sich 4D explizit als Lobby mit einem politischen Programm.

Bereits 1990 haben sich 8 NGO-Verbände mit 250 Mitgliedergruppen im entwicklungspolitischen Bereich zum *CLOSI* (*Comité de Liaison des organisations de solidarité internationale*) zusammengeschlossen. Innerhalb des *CLOSI* bildet das *CRID* (*Centre de recherche et d'information pour le développement*) in Bezug auf die Verknüpfung von Umwelt- mit Entwicklungsfragen die aktivste NGO. Das *CRID* umfaßt zahlreiche Organisationen des entwicklungspolitischen Bereichs (insgesamt 34 Verbände mit etwa 15000 Mitgliedern, unter anderem *Terre des hommes*, *Comité catholique contre la faim et pour le développement*) und ist mit dem Slogan „agir localement pour le global“ die wichtigste Koordinationsstelle für Umwelt- und Nord-Süd-Fragen. *CRID* und *CLOSI* verstehen sich als Lobby gegenüber der Regierung und betreiben eine breite interne und externe Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Verbreitung der Nachhaltigkeitsidee. Seit Frühjahr 1993 gibt das *CRID* den Informationsbrief *Un monde à venir. L'avenir du monde* heraus, der umfassend über NGO-Aktivitäten und sonstige Ereignisse im Bereich des *développement durable* informiert. Der Schwerpunkt der durchgeführten Kampagnen liegt derzeit in Zusammenarbeit mit 4D und *Cedidelp* bei der Initiierung lokaler *Agenda 21*-Initiativen unter dem Titel *Pactes 21. Des villes solidaires pour préparer le 21ème siècle*.

Das *Collectif Environnement Développement International* (*CEDI*) entstand anläßlich der Rio-Konferenz Ende 1991 als Zusammenschluß von 27 NGO-Verbänden aus dem Umweltschutzbereich (*Les Amis de la Terre, Ecoropa, Environnement sans frontières, FNE, Bulle Bleue, Robin des Bois* u.a.m.). Zusammen mit dem *CLOSI* hat das *CEDI* 1992 die *Traités des Organisations Non Gouvernementales et des Mouvements Sociaux* anläßlich der Konferenz von Rio herausgegeben. Im Unterschied zum *CRID* ist das *CEDI* derzeit wenig aktiv und leidet unter dem allgemeinen Bedeutungsverlust der Umweltbewegung.

Die NGOs (4D, *CRID*, *CEDI* und ihre Mitglieder) favorisieren wie *Les Verts* einen globalen Ansatz des *développement soutenable*.³⁵ Referenztexte sind neben der *Agenda 21* oder dem Brundtland-Bericht vor allem die NGO-Erklärungen zur Rio-Konferenz. Vor deren Hintergrund fällt die Einschätzung der bisherigen Umsetzung in Frankreich kritisch aus. In einem Vortrag auf der zweiten nationalen Umweltkonferenz beklagte der damalige Präsident von *FNE*, P. Legrand, den feh-

lenden allgemeinen politischen Willen zur Umsetzung von *développement durable*. Die französischen Umweltschutzverbände seien „surtout étonnées devant l'inconsistance du projet de développement global tel qu'il se traduit dans les décisions politiques. Quelques sujets spectaculaires ont leur place dans la vie quotidienne: le climat, les déchets. Mais l'idée générale d'une politique de développement durable reste absente ou désarticulée. Elle n'apparaît pas dans le projet de loi sur l'aménagement du territoire, ni dans les projets industriels. On l'a cherchée sans la trouver dans les débats des élections européennes. Elle n'a pas davantage de substance dans la gestion des municipalités, dans les contrats de plan ou dans les politiques de recherche et de coopération. Même si ce point de vue peut paraître un peu sévère, les questions d'infrastructures, de transports, d'énergie et d'urbanisme en font l'économie. Le développement durable représente donc un espoir contredit au quotidien“.³⁶ Die staatlichen Berichte an die UN-Kommission würden nur die bisherige Umweltpolitik unter einem neuen Etikett weiterschreiben und würden tendenziell als „gag“ eingeschätzt. Der Diskurs der NGOs fordert gegenüber sektoriell-pragmatischen Rahmungen eine globale, sektorübergreifende Politik des *développement soutenable*. CRID hat 6 Prinzipien für ein neues Entwicklungsmodell aufgestellt: die kulturelle und soziale Integrität der Entwicklungsformen muß gewährleistet sein; ökologische Prinzipien (Diversität und nachhaltige Ressourcennutzung); Solidaritätsprinzip (Entwicklung muß die Grundbedürfnisse befriedigen und Lebensbedingungen für alle schaffen, Gleichheit ermöglichen); Emanzipationsprinzip (Entwicklung muß Selbstgenügsamkeit, lokale Ressourcenkontrolle, die Partizipation der Benachteiligten beachten); Prinzip der Gewaltfreiheit; Prinzip der Vorsicht (technische und soziale Prozesse dürfen nicht zu Irrtümern führen, die die Integrität der Ökosysteme, der Basisressourcen und das gemeinsame Erbe der Menschheit gefährden). Eine solche Ausbuchstabierung orientiert sich an dem „Geist von Rio“, d. h. im Verständnis der NGOs an der Integration von ökologischen, sozialen und ökonomischen Momenten in einer Vision dauerhafter Entwicklung. Als Instrumente werden monetäre Mittel, transversale Politiken und der stringente Einbezug der internationalen Dimension, mehr Demokratie, entschiedenerere Förderung erneuerbarer Energiequellen und eine Debatte über die Notwendigkeit der Atomenergie gefordert. Veränderte Produktions- und Konsumptionsweisen in den Ländern des Nordens werden als Voraussetzung akzeptablerer Nord-Süd-Verhältnisse angesehen.

Während die Diskurse der Exekutive primär auf umweltschutzbezogene Aspekte und die Diskurse der Wirtschaft vor allem auf die ökonomische Verträglichkeit abheben, fordern die NGOs den Bruch mit der Idee eines permanenten globalen Wachstums. Das Konsummodell des Nordens sei nicht auf den ganzen Planeten übertragbar. Es gehe um ein Verlangsamen dieses Wachstumstyps und um ein Umsteuern. Politisch gesehen ist *développement soutenable* so ein Demokratisierungsprojekt. Subsidiaritätsprinzip und Partizipationsforderungen ergänzen einander: „Citoyenneté, démocratie locale, solidarité internationale, développement durable“, lautet ein Slogan. Zur Revision der etablierten, sektoriell zugeschnittenen Politiken sollen lokale Diskussionsforen mit der Administration, der Wirtschaft, Verbänden und interessierten Bürgern organisiert werden. Vor Ort

müssen die jeweiligen Prioritäten der Maßnahmen entschieden werden. Es geht um die gesellschaftliche Ziel- oder Zweckbestimmung des Verhältnisses von Ökologie und Ökonomie und um die Möglichkeit eines ökologischen, sozialen und ökonomischen Optimierungseffektes (etwa durch die Arbeitsmarktpotentiale einer Ökosteuer auf fossile Energieträger): „Repenser la production et les produits en fonction du double objectif d'une consommation 'plus durable' et de choix d'infrastructures plus réversibles; revoir à la lumière de développement durable les relations entre l'aménagement du territoire [...], l'urbanisme et les transports; intégrer les perspectives du 'cercle vertueux' économie-écologie-social dans les inévitables réformes du système de prélèvement obligatoires qu'imposeront, sous peu, la conjonction de l'état des finances publiques, du traité de Maastricht et de la monnaie unique; reformuler un projet enfin audacieux, à la fois généreux et porteur d'un nouvel équilibre mondial dans les rapports Nord-Sud.“³⁷ Die NGOs stellen damit als einzige Akteursgruppe explizit die Frage nach neuen institutionellen Arrangements auf nationaler und internationaler Ebene (Aufbrechen klassischer sektorieller administrativer Strukturen, interministerielle Strukturen mit Entscheidungs- und Umsetzungskompetenzen, mehr zivilgesellschaftliche Ressourcen der Wissenserzeugung und -verwertung). Das größte Umsetzungsproblem für einen solchen integrativen Ansatz wird in der etablierten Arbeits- und Kompetenzteilung in der Administration - und hier sowohl auf nationaler als auch auf *EU*-Ebene - gesehen. Derzeit sei die Regierungspolitik einem klassischen Wachstumsmodell verhaftet. International operierende Wirtschaftskonzerne seien hier in manchen Fragen weiter als die französische Regierung und damit der eigentliche Verbündete der NGOs.

Wirtschaftsakteure

Die Gewerkschaften spielen als umweltpolitische Akteure allgemein und im Rahmen des Nachhaltigkeitsdiskurses im besonderen bislang keine Rolle.³⁸ Frankreichs Industrie ist mittlerweile „ergrünt“. Bereits 1980 hat der Unternehmerverband *CNPF (Conseil National du Patronat Français)* eine Umweltkommission eingerichtet. Ökologische Kommunikation und entsprechende Absatzstrategien sind weit verbreitet. International operierende Großkonzerne „importieren“ die Umweltdiskussionen aus anderen Ländern. Die mächtigen Industriegruppen der *Générale des Eaux* und der *Lyonnaise des Eaux* (Wasserversorgung, Abfallentsorgung) sind als „Eco-Industrien“ wichtige Verhandlungspartner und manchmal auch Verbündete der französischen Regierung. 1994 zog die französische Industrie in einem Bericht des *CNPF* an den *Conseil Economique et Social* eine Erfolgsbilanz ihrer Umweltschutzanstrengungen. Lediglich kleinere und mittlere Unternehmen hätten hier noch entschiedenen Nachholbedarf. In einer im Auftrag der *ADEME* durchgeführten repräsentativen Befragung von 500 Unternehmenschefs erklärten 77% der Befragten, daß eine ökonomisch dauerhafte Entwicklung unter Berücksichtigung der Umwelt und der Lebensqualität mit Sicherheit möglich sei, weitere 19% sahen dies als vielleicht möglich an, nur 4% schätzten dies als eher

unmöglich ein. Die aktuelle Umweltgesetzgebung wurde als vorteilhaft (21%), nachteilig (37%) oder unentschieden (40%) beurteilt. 53% der befragten Unternehmen gaben an, in bezug auf Umweltschutz über die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalstandards hinauszugehen.³⁹ Erfolgsbilanzen und Engagement wurden insbesondere von den großen französischen und internationalen Wirtschaftsunternehmen betont. Diese verlangten allerdings auch im Oktober 1993 ein *Moratorium in Sachen Umweltschutz*.⁴⁰ Mit dem Abklingen der öffentlichen Resonanz von Umweltthemen werden aus den Reihen der Wirtschaft (Chemie- und Stahlindustrie) verstärkt Warnungen vor Standortgefährdungen durch übertriebene Umweltauflagen formuliert.

Französische und in Frankreich vertretene internationale Unternehmen haben sich in unterschiedlicher Weise in die öffentliche Debatte um eine nachhaltige Entwicklung eingeschaltet. Der PDG der *Lyonnaise des Eaux-Dumez* (J. Monod) und der PDG von *L'Air Liquide* (E. de Royère) sind Mitglieder im *Business Council for Sustainable Development* und haben „*Changer de Cap*“ mitunterzeichnet. Einige der anderen Unterzeichner haben französische Niederlassungen. Die Umweltabteilung des französischen Unternehmerverbandes CNPF hat 1993 eine umfassende Stellungnahme zu Fragen der dauerhaften Entwicklung vorgelegt. Zahlreiche nationale und internationale Großunternehmen sind Mitglied im *Comité 21*. Zwei weitere Organisationen bündeln die unternehmerischen Initiativen im Bereich der Nachhaltigkeit: *Entreprises pour l'Environnement* und *Orée*.

Entreprises pour l'Environnement (EPE) entstand auf staatlichen Druck Anfang der neunziger Jahre zur Mitfinanzierung der Sanierung von „verwaisten“ industriellen Altlasten und entfaltet weitergehende Aktivitäten insbesondere im innerbetrieblichen Umweltschutz. Die derzeit 44 Mitglieder haben die Charta der *Internationalen Handelskammer (Charta für eine langfristig tragfähige Entwicklung. Grundsätze des Umweltmanagements, April 1991)* unterzeichnet. Gründungsmitglieder sind die größten französischen Industriekonzerne: AXA, *Caisse des Dépôts et Consignations*, CIBA, *Générale des Eaux*, CNPF, EDF, ELF, EMC, *Fiat France*, *Hoechst-Roussel*, *Lafarge-Coppée*, *Lyonnaise des Eaux*, *Péchiney*, *Renault*, *Rhône-Poulenc*, *Solvay*, *Total* und *Usinor-Sacilor*. Zahlreiche weitere Industrieunternehmen sind dem Zusammenschluß mittlerweile beigetreten. EPE hat sieben Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit dem Zusammenhang von Umwelt und Gesellschaft, Umweltmanagement, Umweltinformationssystemen, Ausbildungsfragen, Wissenschaft und Technik, Versicherbarkeit von Umweltrisiken und Umwelt und Gesundheit beschäftigen. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Bereitstellung von *know how* für kleinere und mittlere Unternehmen im Hinblick auf den Aufbau eines wirksamen Umweltmanagements, von Öko-Audits u.a.m. (z. T. in Zusammenarbeit mit der ADEME).

Bei der Organisation *Orée-partenariat entreprises collectivités environnement* handelt es sich um die Ende 1992 gegründete französische Vertretung von *INEM (International Network for Environmental Management)* und *EPE (European Partners for Environment)* mit inzwischen 50 Mitgliedern (Unternehmen, Gebietskörperschaften), u. a. *Procter & Gamble*, *Yves Rocher*, *L'Oréal*, *Palladium*, *Alsacol*, *Coopers & Lybrand*, *Elf Atochem*, *Unilever*, *Bordeaux Technopolis*, *Châlons*

sur Marne, der Conseil Régional Nord-Pas de Calais, der Conseil Régional Bourgogne oder das *Comité 21*). *Orée* selbst wiederum ist Mitglied bei *Industry 21*. Unter anderem arbeitet *Orée* an der Übersetzung und Übertragung des EPE-Führers *Pour un développement durable en Europe* auf Frankreich und stellt sowohl für Gebietskörperschaften als auch für Unternehmen umweltschutzbezogene Arbeitsmittel zur Verfügung (Audits, Öko-Labels: *Palme* u.a.m.).

Unter den französischen Wirtschaftsakteuren beziehen sich in erster Linie die großen nationalen und internationalen Konzerne auf den Begriff des *développement durable*. Prinzipiell erkennt die französische Industrie die Leitidee der Nachhaltigkeit als gesellschaftliche Herausforderung an.⁴¹ Der Diskurs der Wirtschaft stellt die ökonomische Machbarkeit und die wissenschaftlich abgesicherte Grundlage für Maßnahmen in den Vordergrund. Nachhaltige Entwicklung wird zur *croissance durable* als optimiertem Kompromiß zwischen ökonomischen und ökologischen Erfordernissen. Der *CNPF* bestimmt *développement durable* als „une conception de la croissance répondant aux préoccupations contemporaines et compatible avec le modèle économique libéral. On entend par développement durable un développement économique capable de répondre aux besoins présents sans hypothéquer le patrimoine naturel et la capacité des générations futures à satisfaire leur propre développement. L'application concrète du concept de développement durable conduit à définir d'abord les principes fondamentaux de toute action efficace en matière d'environnement.“⁴² Als konkrete Beiträge zur Umsetzung werden (freiwillige) Maßnahmen des innerbetrieblichen Umweltschutzes und der Effizienzsteigerung in Bezug auf die Ressourcennutzung angeführt - die umweltschutzbezogene Rahmung dominiert: „Adhering to sustainable development supposes that industry both introduces an environment management system and works in a spirit of transparency and dialogue. A vital state of mind to remain credible and to develop an atmosphere of trust with our partners, such as the authorities, local communities and the general public.“⁴³ Diese Ansätze sind mit einer ökonomischen und sach- bzw. wissensbezogenen Vorbehaltsklausel versehen. Z. B. gilt der Treibhauseffekt als unbewiesen und umstritten, d. h. nicht als ausreichende Handlungsgrundlage. Angesichts der unsicheren wissenschaftlichen Grundlagen sei es verständlich, daß verantwortungsvolle Unternehmer und Politiker hier keine weitergehenden Maßnahmen treffen. Dem technischen Fortschritt komme eine wesentliche Rolle zu, aber er lasse sich nicht beliebig beschleunigen. Notwendig sei deswegen ein technischer Realismus, der Entwicklungszeiten berücksichtigt. Gegenüber der Forderung des Einsatzes der besten verfügbaren Technik wird kritisiert, daß diese nicht die ökonomischen Kosten berücksichtigt. Demgegenüber sei der Begriff der „meilleures technologies disponibles n'entraînant pas de coûts excessifs“ vorzuziehen.⁴⁴ Das Subsidiaritätsprinzip wird als Deregulierungsimperativ gefaßt. Eigenverantwortung und Eigenverpflichtung der Unternehmen im Rahmen der liberalen Marktordnung werden als die angemessensten Formen der Sicherung von Umweltschutzinteressen bevorzugt. Verständigungsprozesse werden mit NGOs zwar angestrebt, vor allem aber als gesetzlichen Regelungen vorbeugende und vorangehende Abstimmung zwischen Industrie und Staat konzipiert. Staatliche Markteingriffe werden angesichts des Weltmarktes so-

wohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene als wettbewerbsverzerrend abgelehnt. Der Beitrag der Unternehmen wird in erster Linie im Bereich technischer Verbesserungen in der Produktion im Hinblick auf geringeren Ressourcenverbrauch und weniger Schadstoffabgabe gesehen. Verbesserte Materialeffizienz und verbesserter innerbetrieblicher Umweltschutz werden somit - ähnlich wie innerhalb der Regierungspolitik - zu Belegen für unternehmerisches Engagement in Sachen Nachhaltigkeit. Wirtschaftliches Wachstum behält dabei seinen zentralen Stellenwert. Vernunft, wissenschaftliche Grundlagen, technische und ökonomische Machbarkeit sind die Grundlagen dieses Verständnisses, das die Effizienz und Erfolge der liberalen Marktwirtschaft bei der Berücksichtigung von Umweltschutzmaßnahmen und gleichzeitigem wirtschaftlichen Wachstum betont. In diesem Modell haben zwar gesetzliche Regelungen in Bezug auf Gesundheitsschutz und Sicherheitsvorkehrungen ihren akzeptierten Platz. Steuerliche Maßnahmen werden jedoch als gefährlich abgelehnt, freiwillige Leistungen der Unternehmen und marktgerechte (Anreiz-)Instrumente demgegenüber bevorzugt.

Die Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung im Bereich der Nachhaltigkeit wird bei allen wirtschaftlichen und sozialen Akteuren gesehen. Dies heißt für die Unternehmen in erster Linie Abstimmungsprozesse zwischen Staat und Industrie. In diesem Sinne wird dem EU-Programm *Towards Sustainability* zugestimmt und als Beispiel auf das französische System der Verpackungsverwertung verwiesen, dessen Organisation auf Vorschläge der Industrie zurückgeht. Absprachen zwischen öffentlicher Hand und Industrie vor jeder Entscheidung werden als absolut notwendig erachtet. Die derzeitige Situation sei in dieser Hinsicht völlig unbefriedigend und verbesserungswürdig. Bezogen auf die aktuelle Debatte in Frankreich wird der systematische Einsatz von Kosten-Nutzen-Analysen bezüglich aller Vorschläge von Regierung, Administration und NGOs gefordert. Sachlich begründete Überlegungen sollen helfen, machbare Umweltschutzprioritäten der Gesellschaft und der Unternehmen festzulegen. Dialog mit Umweltschutzgruppen wird da für möglich und fruchtbar gehalten, wo diese einem liberalen Marktmodell folgen und sich für marktförmige Instrumente einsetzen. Die Konsumenten- und Wählerwünsche würden Orientierungshilfen geben.

3. Institutionelle Innovation und Partizipation

Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft ist ein gemeinsames Anliegen der Akteure auf nationaler Ebene. Von oben nach unten gerichtete Initiativen (vor allem die Anregung lokaler *Agenda 21*-Prozesse) sind deutlicher Ausdruck dieser Strategie. Verschiedene Tendenzen haben in Frankreich zur Betonung der Notwendigkeit erweiterter zivilgesellschaftlicher Partizipation beigetragen. Zum einen ist das traditionelle hierarchische Politikmodell mit seinem Schwergewicht auf administrativ-staatlichem Politikvollzug sowohl auf nationaler Ebene (wie die Energiedebatte zeigt) als auch auf lokaler Ebene angesichts der zahlreichen Blockaden (insbesondere von Abfallbehandlungsanlagen, aber auch von Industrieneuansiedlungen und Infrastrukturmaßnahmen) an seine Grenzen gestoßen. Zum zweiten

hat die traditionell schwache Stellung des Umweltministeriums innerhalb der französischen Exekutive einen strategisch wichtigen engen Kontakt zwischen Ministerium und Umweltbewegung ermöglicht. Auch zu Wirtschaftsakteuren bestehen direkte Kontakte. Drittens schließlich hat das „Ergrünen“ der französischen Wirtschaft einerseits, die Professionalisierung und Normalisierung der Umweltbewegung andererseits eine dialogförmige Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Umweltverbänden und einzelnen Unternehmen ermöglicht. Aus diesen drei Faktoren ist Anfang der neunziger Jahre eine „Kultur des Dialogs und der Verständigung/Abstimmung“ entstanden, deren formaler Status derzeit nur schwer bestimmbar ist. Die Beschlüsse von Rio, insbesondere die *Agenda 21*, können eher als Hilfsmittel einer solchen Kultur des Dialogs betrachtet werden, als daß sie ihr eigentlicher Motor wären.

Zunehmend baut die Regierung Partizipationsdispositive in ihre Umweltgesetzgebung ein. Die Exekutive erachtet verstärkte Bürgerbeteiligung als unabdingbar und sieht sich hier im internationalen Vergleich in einer Vorreiterrolle. Als wichtigste institutionelle Neuerung wird die vorgesehene Einrichtung der *Commission Nationale du Débat Public* betont. Die konkrete Ausgestaltung dieser Kommission ist noch nicht entschieden. Sie soll aus unabhängigen Personen des öffentlichen Lebens bestehen. Grundsätzlich soll sie vor der Inangriffnahme großer Infrastrukturprojekte eine öffentliche demokratische Debatte über deren Notwendigkeit und Implikationen führen und alle auftauchenden Argumente in einem Bericht bündeln. Sie kann dabei von Ministerien, Abgeordneten und Umweltverbänden angerufen werden und selbst öffentliche Debatten organisieren. Allerdings soll sie keine eigenen Vorschläge formulieren. Die *Enquête Publique*, das Recht auf Transparenz und Information in der Abfallwirtschaft, die gemeinsame Erarbeitung von Abfallwirtschaftsplänen, die Mitgliedschaft von Umwelt- und Wirtschaftsvertretern in der Zulassungskommission von *Eco-Emballages* oder in der *CFDD* und die Beteiligungsformen auf unteren territorialen Einheiten, aber auch die in ihrer Art neue nationale Energiedebatte sind Indizien für diesen Elan der zivilgesellschaftlichen Beteiligung. Ergänzt werden die zahlreichen Dispositive durch formal unregelmäßige, in der Tendenz aber zunehmende Abstimmungsprozesse in Fragen der lokalen Infrastruktur (*Runde Tische*). Ähnlich wie das Umweltministerium propagiert die *ADEME* Umweltpartnerschaften mit Kommunen oder Unternehmen, und - neben der wissenschaftlich-technischen Infrastrukturentwicklung - die Förderung von Verständigungsprozessen zwischen den umweltpolitischen Akteuren. Die dialogische Öffnung der französischen Wirtschaft kommt in der Beteiligung an Organisationen (*Orée, Comité 21*), intensiver Öffentlichkeitsarbeit und prinzipieller Gesprächsbereitschaft mit den Umweltschutzgruppen zum Ausdruck. In den Augen der Wirtschaft haben auch die NGOs gelernt und sich von einer generellen, das Gespräch verunmöglichenden Nein-Haltung hin zu einem vernünftigen, um Lösung bemühten Vorgehen bewegt.⁴⁵ Bedeutsam werden dabei auch direkte Dialoge zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren und den Gebietskörperschaften ohne die nationalen administrativen Strukturen.

Die NGOs sind mit den Formen und der Praxis ihrer formellen und informellen Einbindung in politische Entscheidungen und Diskussionen unzufrieden. Selbstkri-

tisch wird ein Grund dafür auch in den mangelnden eigenen Kapazitäten gesehen. Trotz der vielfach stattfindenden Mitarbeit in Gremien auf nationaler Ebene wird der reale Einfluß auf die Exekutive als gering eingeschätzt. Verbände wie *FNE* oder *SUD (CRID)* sind zwar Mitglied der *CFDD* oder ähnlicher Kommissionen und Arbeitsgruppen, aber da diese wiederum nur geringes politisches Gewicht haben, hat diese Beteiligung eher symbolischen Charakter. Die vielfältigen Verständigungsprozesse auf lokaler Ebene entwickeln sich aus ihrem informellen Status zunehmend zu Beziehungen zwischen Personen und gewinnen daraus Bedeutung. Von den NGOs wird die staatliche Umgangsweise mit Partizipation als zu starr eingeschätzt. Sie sehen dringenden Entwicklungsbedarf von Partizipationsmechanismen auf der Ebene der konkreten Ausgestaltung solcher Beteiligungsprozesse. Dies ist für sie der zentrale Kern des Subsidiaritätsprinzips. *Citoyenneté mondiale* und *démocratie locale* sind zwei Hauptpfeiler der angestrebten anderen Gesellschaft. Sie fordern diesbezüglich politische Strukturen, die einer solchen Beteiligung angemessenen und gleichberechtigten Spielraum geben. Auch die Forderung nach der Ermöglichung wissenschaftlicher Gegenexpertisen gehört zu diesem Kanon. Alle Akteursgruppen betonen so die Notwendigkeit von Partizipation und Dialog. Die Exekutive ist bestrebt, entsprechende Vorkehrungen auszubauen und rechtlich abzusichern. Wirtschaft, NGOs und Gebietskörperschaften initiieren auf vielen informellen Wegen Verständigungsprozesse. Als hinderlich für eine stärkere Teilnahme der NGOs erscheinen vor allem ihre geringen Mobilisierungskapazitäten (finanzielle und personelle Ressourcen), aber auch die starke Monopolisierung von Wissen und Sachverstand in der Administration. Insgesamt schreiben allerdings alle Akteure informellen Verständigungsprozessen eine wichtigere Rolle zu als formalisierten Beteiligungsverfahren.

Wie kann nun ein Zwischenfazit des bisherigen Diskussionsverlaufs um *développement durable* in Frankreich lauten? Auf der Ebene der (zivil)gesellschaftlichen Diskurse lassen sich typisierend zwei konkurrierende Interpretationen des Nachhaltigkeitsgedankens unterscheiden. Der Diskurs von Exekutive und Wirtschaft bringt das Konzept in erster Linie in Verbindung mit der Sicherung wirtschaftlicher Gewinnchancen und Wachstumsbedingungen unter effizienterer Ressourcennutzung und optimiertem produktionsbezogenem Umweltschutz im Rahmen der gegenwärtigen (westlichen) Industriegesellschaft. Vom überwiegenden Teil der Exekutive (Politik/Administration) und von der Wirtschaft (nationale und internationale Großunternehmen) wird Nachhaltigkeit in Bezug auf verbesserte Umweltschutzmaßnahmen ausbuchstabiert. Von Teilen der Administration und den NGOs wird demgegenüber die globale, sektor-übergreifende und integrierende Leistung von *développement soutenable* (Verknüpfung ökologischer, sozialer, ökonomischer, ethischer Fragen) betont. Diese Rahmung zielt auf die Diskussion umfassenderer Alternativen zum derzeitigen westlichen industriegesellschaftlichen Modell. Staatliche regulierende Eingriffe spielen hier eine größere Rolle. Die Idee der Nachhaltigkeit wird eingesetzt, um ein globales Problemverständnis mit lokalem Handeln zu vermitteln. Dieser Diskurs visiert alternative gesellschaftliche Organisationsformen für Produktion und Konsumption an. Diese Vision erreicht aber nicht den Status einer breiten gesellschaftlich-öffentlichen oder politischen Diskus-

sion. Allerdings zeigt sich die Eignung des Begriffs *développement durable*, gegenwärtige westlich-industriegesellschaftliche Trends wie zivilgesellschaftliche Partizipation und Umweltschutz unter einem gemeinsamen Nenner zu bündeln. Maßnahmen in anderen Politikbereichen - gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen, Integrationspolitiken und Kampf gegen die Armut - werden demgegenüber kaum auf nachhaltige Entwicklung bezogen. NGOs kritisieren die Tendenz, den Nachhaltigkeitsgedanken nur als Erneuerung der Umweltpolitik aufzufassen und den Zusammenhang zwischen Ökonomie, Ökologie und dem Sozialen zu vergessen.⁴⁶ Der integrativ ausgerichtete Teildiskurs stellt mithin große Defizite der französischen Umsetzung fest. Deren Ursachen werden in erster Linie im mangelnden politischen Willen der französischen Regierung gesehen. Schließlich wird auch die bisherige Rolle der Brüsseler Kommission und ihre Setzung von Rahmenbedingungen als hinderlich für einen umfassenderen Ansatz von dauerhafter Entwicklung eingeschätzt. Unabhängig von dieser Diskussion hat sich zwischen den an der umweltpolitischen Diskussion beteiligten Akteursgruppen eine Kultur der Abstimmung, Verständigung, Dissensklärung und des Dialogs entwickelt, die mittlerweile auch mit Hinweis auf die Beschlüsse von Rio legitimiert wird. Als insgesamt problematisch wird eher das traditionell mangelnde Interesse der französischen Öffentlichkeit (Zivilgesellschaft) und - entsprechend - der politischen Repräsentanz für Fragen des Umweltschutzes und des *développement durable* erachtet.

Verzeichnis der Abkürzungen

- ADEME*: Agence de l'Environnement et de la Maitrise de l'Energie
CEDI: Collectif Environnement Développement International
CEDIDELP: Centre de Documentation Internationale pour le Développement, les Libertés et la Paix
CFDD: Commission Francaise du Développement Durable
CIEN: Comité Interministriel de l'Environnement
CLOSI: Comité de Liaison des organisations de solidarité internationale
CNPF: Conseil National du Patronat Francais
CPVS: Centre de Prospective et de Veille Scientifique
CRID: Centre de recherche et d'information pour le développement
DATAR: Délégation à l'Aménagement du territoire et à l'Action régionale
EpE: Entreprise pour L'Environnement
EPE: European Partners for Environnement
FNE: France Nature Environnement
IFEN: Institut Français de l'Environnement
INEM: International Network for Environmental Management
MNLE: Mouvement National de Lutte pour l'Environnement
NGO: Non Governmental Organisation
PDG: Président Directeur Général

PS: Parti Socialiste
SUD: Solidarité et Urgence Développement
WWF: World Wildlife Fund for Nature
4D: Association Dossiers et Débats pour le Développement Durable

- 1 Cf. Ministère de l'Environnement: *Plan national pour l'Environnement*, in: *Environnement actualité* Nr.122, Paris 1990.
- 2 Zitiert nach *Libération* vom 26.9.95.
- 3 Cf. Günter Ammon: *Umweltbewußtsein in Deutschland und Frankreich*, In: *Lendemains* Nr.54 (1989), 144-149; Hans Schreiber: *Umweltpolitik in Großbritannien und Frankreich*, Berlin 1990; European Intelligence Unit: *French Policy on the Environment*, London 1990; Pierre Lascoumes: *L'éco-pouvoir. Environnements et Politiques*, Paris 1994; Gisela Müller-Brandeck: *Die institutionelle Dimension der Umweltpolitik in Frankreich, Deutschland und der Europäischen Union*, Habilitation, München 1995; Jean-Luc Mathieu: *La défense de l'environnement en France*, Paris 1992.
- 4 Dabei werden Ergebnisse einer von der EG finanzierten und vom Autor durchgeführten Überblicksstudie zusammengefaßt (Reiner Keller: *Environmental Sustainability and Institutional Innovation in France*, München 1996).
- 5 Die erwähnte französische Indifferenz in Bezug auf Umwelthemen in den achtziger Jahren zeigt sich in der Weigerung französischer Verlage im Jahre 1987, eine französische Übersetzung des Brundtland-Berichts in Auftrag zu geben und zu veröffentlichen. Die Rezeption dieses Berichts nimmt deswegen den Umweg über die französische Fassung, die in Kanada erscheint. Erst 1990 erscheint dann eine eigenständige Ausgabe in Frankreich. Cf. G. Sainteny: *Les medias français et l'environnementalisme*, in: *Mots. Les langages du politique*, Nr. 39 (1994), 106-111.
- 6 Cf. Serge Antoine: *Vers un modèle européen de développement durable*, in: *devenirs*, Nr.21 (1995), 11-25; Christian Brodhag: *Les Quatre Vérités de la Planète. Pour une autre civilisation*, Paris 1994; Olivier Godard: *Le développement durable*, in: Commissariat Général du Plan: *L'économie face à l'écologie*, Paris 1993, 132-143; Olivier Godard: *Le développement durable: paysage intellectuel*, in: *Natures, Sciences, Sociétés*, Nr. 4 (1994), 309-322; Alain Lipietz: *Vert espérance. L'avenir de l'écologie politique*, Paris 1993.
- 7 Cf. Stefan Schmidheiny/BCSD: *Changer de Cap*, Paris 1992. Der weniger gebräuchliche Begriff des 'développement viable' bezieht sich vor allem auf die (biologische) Lebensfähigkeit und damit auf Organismen und Ökosysteme, nicht auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse.
- 8 Cf. M. Chansou: *Développement durable, un nouveau terme clé dans les discours politiques*, in: *Mots. Les langages du politique*, Nr. 39 (1994), 99-105.
- 9 Cf. CEDI/CLOSI: *Pour l'Environnement et le développement*. Rapport officiel des ONG françaises Paris 1992.
- 10 Cf. Ignacy Sachs: *L'écodéveloppement*, Paris 1993.
- 11 Ministère de l'Environnement: *Partenariat pour le Développement Durable. Contribution de la France à la Commission du Développement Durable des Nations Unies*, Paris 1993, 1.
- 12 Die Amtsinhaber sind in der Regel ausgewiesene Fachleute und haben gute Kontakte zur Umweltbewegung (z. B. H. Bouchardeau, B. Lalonde, auch M. Barnier, der sein Arbeitsprogramm auf dem Jahreskongreß von FNE vorstellte; cf. *Libération*, 10.5.93; *Le Fi-*

- garo, 26.7.93). Die jetzige Umweltministerin C. Lepage hat als Anwältin die Interessen von Betroffenen des Tankerunfalls der Amoco Cadiz oder die Kläger gegen den französischen Schnellen Brüter (*Superphénix*) vertreten, muß nun aber mit dem Regierungsbeschluß leben, den Schnellen Brüter wieder in Betrieb zu nehmen.
- 13 Cf. Lascoumes, I. c., 16.
- 14 Cf. *Libération*, 26.9.95.
- 15 Cf. Ministère de L'environnement: *Rapport de la France (Synthèse)*, Paris 1995, 3.
- 16 Cf. Dominique Dron/Miguel Cohen de Lara: *Pour une politique soutenable des transports*, Paris 1995; Dominique Dron: *Pour un débat public national*, in: *Les réalités de l'Ecologie*, Nr.67 (1995), 50-51.
- 17 Cf. Commissariat Général du Plan, I. c. Schwerpunkte der sonstigen wissenschaftlichen Diskussion um *développement durable* sind die Bereiche nachhaltige Landwirtschaft und Wälder, die nachhaltige Stadtentwicklung, Steuerungsformen, die Energieerzeugung und der Energieverbrauch, die Frage der Transporte und des Verkehrs. Cf. Patrick Legrand: *Agriculture durable: mobilisation pour un concept en formation*, in: *devenirs*, Nr. 21 (1995),30-35; Ministère de l'Environnement: *Actes de la deuxième Conférence nationale de l'environnement*, Paris 1994, 21sq.; Georges Cingal: *Sustainable Development. The Situation in France*, Manuskript 1995; Jean-Pierre Piéchaud: *Ville et développement durable*, in: *devenirs* Nr.21 (1995), 26-29; Commissariat Général du Plan I. c.; Ministère de l'Environnement 1995, I. c., 35; *Politis: La terre à venir. Environnement et développement*, Nr. 20 (1994), Benjamin Dessus: *Stratégies énergétiques pour un développement durable*, Paris 1993; alternatives économiques: *Demain la Terre. Rio, un an après. Stratégies pour un développement durable*, Nr. 17 (1993); *Tiers Monde: Après le Sommet de la Terre: Débats sur le développement durable*, Nr. 137 (1994). Neben den staatlichen Forschungseinrichtungen arbeiten beispielsweise das Programm *Ecotech* des CNRS, das Forschungszentrum *ORSTOM* (Schwerpunkt Entwicklungsländer) und das *Centre Economie Espace Environnement* der Sorbonne an Fragestellungen im Bereich von nachhaltiger Entwicklung. Cf. *ORSTOM/Le Monde diplomatique: Une Terre en Renaissance. Les semences du développement durable*, Paris 1993.
- 18 „Les politiques nationales d'environnement qui se reconstruisent depuis trois ans sont inspirées de la philosophie du rapport Brundtland: intégrer l'environnement dans le développement, au coeur même des logiques économiques et des changements sociaux et ne pas réduire à une politique de gestion des pollutions et des milieux“ (Lucien Chabason/Jacques Theys: *Le Plan National pour l'Environnement*, in: *futuribles* Nr. 152 (1991), 67).
- 19 Cf. Ministère de l'Environnement 1993, I. c.; Ministère de l'Environnement: *Rapport de la France à la Commission du Développement Durable*, Paris 1994; Ministère de l'Environnement: *Rapport de la France à la Commission du Développement Durable des Nations-Unies*, Paris 1995; und Ministère de l'Environnement 1995, I. c.
- 20 Cf. *Journal Officiel* vom 28.7.94 und *Journal Officiel* vom 8.12.94.
- 21 Cf. Ministère de l'Environnement: *Loi relative au renforcement de la Protection de l'Environnement. Dossier de Presse*, Paris 1995.
- 22 Cf. René Passet/Jacques Theys, (Eds.): *Héritiers du Futur. Aménagement du Territoire, Environnement et Développement Durable*, Paris 1995.
- 23 „Je pense que les principaux porteurs des projets liés à la mise en oeuvre du développement durable devraient être, avec l'Etat naturellement, qui doit impulser, les régions, et puis les villes. [...] Il y a souvent une grande disponibilité des acteurs, c'est-à-dire des citoyens, des collectivités locales, des associations, à faire mieux dans le domaine de l'environnement ou à agir différemment, mais bien souvent elles n'ont pas le mode d'emploi. Le rôle de l'Etat [...] c'est de donner ce mode d'emploi. Et donc c'est à nous peut-être de mieux définir des grilles de développement durable que les décideurs locaux

- puissent utiliser dans le respect de leurs compétences, avec leur indépendance, mais qu'ils puissent utiliser. Souvent ils sont prêts à le faire et puis parfois il manque la méthodologie, tout simplement" (Interviewauszug, Umweltministerium, September 1995).
- 24 Cf. Serge Antoine/Martine Barrère/Geneviève Verbrugge: *La planète Terre entre nos mains. Guide pour la mise en oeuvre des engagements du Sommet planète Terre*, Paris 1994.
- 25 Ministère de L'Environnement: *Actes de la deuxième Conférence nationale de l'Environnement*, Paris 1994, 32.
- 26 Cf. *Libération*, 25.9.95.
- 27 Presse-Kommuniqué von Corinne Lepage, 18.10.95.
- 28 Cf. Ministère de l'Environnement 1993, l. c., 28.
- 29 Cf. *'un monde à venir'* Nr. 8 (1995), 4sq.
- 30 Cf. Commission Française du Développement Durable: *Les Conditions et les Moyens du Développement Durable. Les Cahiers du Développement Durable* Nr.1, Paris 1995; Commission Française du Développement Durable: *Conférence Européenne des Commissions Nationales du Développement Durable. Synthèse*, Paris 1995.
- 31 Müller-Brandeck, l. c., 20.
- 32 Cf. Roland Nungesser/Segolène Royal: *Rio, deux ans après: Un espoir déçu, un sursaut attendu*, Paris 1994.
- 33 "La notion de développement soutenable est plus radicale qu'un simple habit neuf pour d'anciennes politiques. Comme l'énonçait le 'projet Nakuru', c'est 'un développement qui tend à recentrer les politiques de développement nationales, régionales et mondiales sur une vision axée sur l'homme, qui reconnaît comme valeurs la vie, la diversité culturelle et notre réalité de voyageurs du vaisseau spatial Terre, admet notre responsabilité à l'égard des générations futures concernant la gestion des ressources terrestres et estime que le développement doit se traduire par des améliorations de la qualité de vie de tout un chacun. Cette vision englobe la démocratie et l'indépendance qui sont ses deux principes d'organisation les plus fondamentaux'. Le développement soutenable est donc avant tout un problème politique, au sens de l'organisation ou de la cité - mondiale [...] On retrouverait ainsi le principe de subsidiarité à l'échelle planétaire: gérer et résoudre les problèmes au plus près de ceux qui en subissent les effets" (Brodhag, l. c., 200sq).
- 34 Cf. *Comité 21: Actions 21. Lettre du Comité 21*. Nr. 1, Paris 1995.
- 35 "Le développement soutenable, c'est-à-dire compatible avec les capacités écologiques de la planète et socialement acceptable, ne peut se réduire à l'établissement d'une taxe ou l'imposition d'une technologie, ou s'exprimer par le seul PNB; il intègre de nouvelles pratiques politiques, de nouvelles institutions au niveau mondial et de nouvelles méthodes d'évaluation" (Brodhag, l. c., 251-252; cf. Alain Lipietz/Paul Radanne: *Energie: élargir les marges de liberté*, in: Commissariat Général du Plan, l. c., 246-259; Lipietz, l. c.).
- 36 Ministère de l'Environnement 1994, l. c., 24sq.
- 37 Michel Mousel: *Le développement durable*, in: *devenirs* Nr. 21 (1995), 8sq.
- 38 Cf. R. Mouriaux/C. Villanueva: *Les syndicats français face à l'écologie, de 1972 à 1992*, in: *Mots. Les langages du politique*, Nr. 39 (1994), 36-52.
- 39 Cf. ADEME: *Les Entreprises Françaises et la Protection de l'Environnement*, Angers 1993.
- 40 „Plusieurs grands industriels réclament une pause dans la réglementation antipollution. En période de crise, disent-ils, l'environnement passe après l'emploi" (*Libération*, 7.10.93).
- 41 So schreibt z. B. der Generaldirektor des Chemie-Konzerns *Rhône-Poulenc* und Präsident von *EpE*, J.-R. Fourou, unter Bezug auf den Bericht der Brundtland-Kommission, die Rio-Konferenz, die Charta der *Internationalen Handelskammer* und den *BCSD*: „One of the key challenges facing us in coming years is to find better ways to reconcile peo-

ple's aspirations for constantly improved living conditions (in terms of health, food, housing, leisure activities, transportation, etc...) and the development of a competitive industry, creating new jobs and resources for the country, with the absolute necessity of protecting our natural heritage" (Vorwort in Nollet 1994: 7). Und weiter heißt es in dem Buch: „By adopting the principle of sustainable development, our companies have adopted a real code of ethics. Man becomes the higher goal. Economic, social and technological development ist duty bound to preserve the quality of life of people living today, and that of generations to come. This implies managing the natural heritage in such a way as to preserve these resources. [...] Working for the general interest implies respecting an economic logic. Consequently, sustainable growth consists in trying to identify at all times the best compromise between environmental protection and economic development". (Vorwort in Patrick Nollet: *Principles for better environmental Management. Management Practices in Industry: Examples from French Industry*, Paris 1994, 18)

42 CNPF: *Le développement durable: l'approche des entreprises*, Paris 1993, 1.

43 Nollet, l. c., 185.

44 CNPF, l. c., 4.

45 "Donc on arrive maintenant à bien négocier, discuter avec eux et ils peuvent comprendre les avantages et les intérêts. C'est pour ça que de plus en plus on essaye de développer ce partenariat, justement entre la collectivité au sens large et l'entreprise [...] C'est une des conditions pour arriver à ce consensus local, d'associer les associations de protection de l'environnement le plus tôt possible, le plus en amont possible. [...] Avant même la réalisation de projets, il faut que tous les acteurs soient associés. [...] C'est peut-être ça aussi le développement durable. Parce que le quatrième pôle qui sous-tend les trois pôles : économique, social, et environnement, c'est l'éthique, c'est transparence, consensus. Arriver à intégrer tous les acteurs en général à discuter ensemble. Moi, les expériences que j'ai, je vous dis par rapport à ces zones d'activité, ça se passe plutôt bien. [...] Parce qu'on sait aussi, que ce soit du côté de l'économie des entreprises ou même de la collectivité, qu'il n'y a plus de projets d'infrastructures, d'équipements ou de gros projets, qui se font sans l'accord ou au moins la discussion avec les associations. Qui [représentent] la population de toute façon, donc. Tous les phénomènes de Nimby, par exemple, c'est vrai, sont très présents, donc ça permet de débloquer des situations" (Interviewauszug Orée, September 1995).

46 Cf. Ministère de L'Environnement 1994, l. c., 28.